

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Beizeile oder deren Raum 40 Pfg., Verlammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 131.

Freitag, den 7. Juni 1918.

25. Jahrg.

Die Reform des Strafverfahrens gegen Jugendliche.

Von Heinrich Schulz.

Bei den Beratungen des Reichstages über das Reichsjustizamt in den letzten Tagen vor der Pfingstpause sind die meisten Redner auch auf die Frage eingegangen, ob und wie eine Wiederaufnahme des in der ersten Session 1912/13 im Kommissionsbericht zweiter Lesung festgelegten Entwurfs eines Gesetzes über das Verfahren gegen Jugendliche zu ermöglichen sei.

In den Kreisen der Jugendfürsorge und den ihr nahestehenden juristischen und volkserzieherischen Kreisen beschäftigt man sich schon seit längerer Zeit mit dieser Frage. Man empfindet hier besonders hart und unerträglich die klaffenden Lücken der geltenden Strafprozessordnung in Bezug auf Kinder und Jugendliche. Die ganze Jugendfürsorge des geltenden Gesetzes besteht darin, daß einem noch nicht sechzehn Jahre alten Angeklagten vor dem Landgericht ein Verteidiger bestellt wird, und daß der gesetzliche Vertreter eines Minderjährigen als dessen Beistand auftreten und zu seinen Gunsten Rechtsmittel einlegen kann. Im übrigen trifft die ganze Härte und Rücksichtslosigkeit des Strafgesetzes unterschiedslos „des Knaben ledige Anschulb“ wie den „kahlen schuldigen Scheitel.“ Insbesondere muß der Staatsanwalt nach dem Grundsatze der Anklagepflicht, dem sogenannten Legalitätsprinzip, jeden Jugendlichen genauso zur Verantwortung ziehen, wenn er gegen die Strafgesetze verstoßen hat, und seine Bestrafung zu erreichen suchen wie jeden Erwachsenen.

Die einzige Milderung besteht darin, daß der Jugendliche die zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderliche Einsicht gehabt haben muß. Diese Milderung bedeutet aber nicht viel, da diese vom Gesetz verlangte Einsicht beim Jugendlichen — bekanntlich beginnt die Strafmündigkeit schon mit dem vollendeten zwölften Lebensjahre — anders beurteilt und eingeschätzt werden muß, als beim Erwachsenen. Dem Kinde und dem Jugendlichen mögen die rein intellektuellen Fähigkeiten, die Strafbarkeit einer Handlung einzusehen, nicht fehlen, und doch darf ihre Handlung nicht der gleichen Handlung eines Erwachsenen gleichgestellt werden, weil dem noch in der körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung befindlichen Menschen alle die zahlreichen inneren Hemmungen abgehen, die erst im Laufe der Jahre auf die Erfahrungen des Lebens eingeschaltet werden und weil bei ihnen der Wille noch nicht die genügende Festigkeit erlangt hat. Jugendliche Sünder bejähert man nicht durch Abschreckung, besonders nicht, indem man sie vor den Richter läßt und hernach ins Gefängnis sperrt. Dadurch wird das jugendliche Ehrgefühl nur abgestumpft und oft genug für das ganze fernere Leben erstötet. Für die Jugend sind erzieherische Maßnahmen am Platze.

Erwägungen dieser Art hatten bekanntlich schon in der zwölften Legislaturperiode des Reichstages zu gesetzgeberischen Versuchen geführt, bei den Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung besondere Bestimmungen über das Verfahren gegen Jugendliche zu treffen, die den Jugendlichen nach Möglichkeit vor der Verurteilung mit den Strafgerichten schützen sollten. Aber der Reichstag ging seinerzeit zu Ende, ehe diese Gesetzesentwürfe verabschiedet worden waren, die sozialrechtliche und sozialpädagogisch so wichtigen Bemühungen um eine Reform des Jugendstrafverfahrens waren damit auch vorläufig erledigt. In den Bundesstaaten half man sich inzwischen durch Schaffung besonderer Jugendgerichte, um wenigstens durch die Auswahl der Richter und durch ihre dauernde Beschränkung auf die strafbaren Handlungen Jugendlicher ein gewisses psychologisches Verständnis für die hier lagernden Probleme und eine Milderung der Rechtsprechung zu erreichen. Unterstützt werden diese Jugendgerichte durch die Behörden, besonders durch die Vermundschaftsgerichte, und durch freiwillige Helfer und Helferinnen, die zumeist den Fürsorgevereinen entnommen werden. Aber diese Neubildungen schweben doch mehr oder weniger in der Luft, es fehlt ihnen die solide gesetzliche Grundlage und die organische Verknüpfung der verschiedenen Einrichtungen.

Diesem Mangel sollte das in der dreizehnten, der laufenden Legislaturperiode eingebrachte Gesetz über das Verfahren gegen Jugendliche abhelfen. Es löste aus der unerledigt gebliebenen allgemeinen Reform des Strafprozesses die Teile heraus, die sich mit den Jugendlichen beschäftigen, und suchte sie unter Berücksichtigung der von dem vorhergehenden Reichstag gewünschten Änderungen mit der geltenden Gerichtsverfassung und der jetzigen Strafprozessordnung in Einklang zu bringen. Der Reichstag begrüßte diesen Gesetzesentwurf allgemein mit lebhafter Freude, wenn er auch mancherlei Wünsche unerfüllt ließ und erhebliche Streitfragen anwarf. In eingehenden Kommissionsverhandlungen wurde der Entwurf durchberaten und verbessert und nach zwei Lesungen nebst eingehendem, von dem bekannten Rechtslehrer v. Liszt erstatteten schriftlichen Bericht dem Plenum wieder vorgelegt. Bevor dieses aber an die weitere Beratung herantraten konnte, wurde die erste

Session der gegenwärtigen Legislaturperiode geschlossen und damit war die ganze gesetzgeberische Vorarbeit wieder einmal für null und nichtig erklärt.

Da kam der Krieg mit seinen fürchterlichen Rückwirkungen auf die Kriminalität im allgemeinen, auf die der Jugendlichen im besonderen. In einer Beratung von Fachleuten wurde mitgeteilt, daß in einem rheinisch-westfälischen Bezirk, in dem in Friedenszeiten etwa 5000 Fälle von Jugendlichen vor den Strafrichter gelangen, jetzt 25000 Fälle abgeurteilt werden müssen. Die Unerträglichkeit dieses Zustandes wird noch dadurch gesteigert, daß die Bedenken gegen die Gleichstellung von Jugendlichen und Erwachsenen vor dem Strafrichter jetzt im Kriege und durch die Kriegserfahrungen außerordentlich verstärkt worden sind. Weit mehr noch als sonst tut jugendliche Verbrechen erzieherische Behandlung not und weit gefährlicher noch als sonst ist die Wirkung einer Verurteilung in die Zukunft der einzelnen und des gesamten Volkes hinein.

Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat deshalb schon vor Jahresfrist ihre eigenen besonderen Berater, verstärkt durch die Mitglieder des Reichstages, die der ehemaligen Kommission angehörten, zu Konferenzen zusammenberufen, um sich mit ihnen über einen Ausweg aus den Schwierigkeiten zu verständigen. Der verdiente Leiter der Bewegung, Reichstagsabgeordneter v. Liszt, schlug zwei Wege vor: Entweder die Wiedereinbringung der damals in der Kommission festgelegten Vorlage nebst den Verbesserungen der Kommission als gemeinsamen Initiativantrag der Parteien oder die Einbringung eines Gesetzes, das aus dem Gesetzesentwurf nur die Frage der Erhöhung des Strafmündigkeitsalters von 12 Jahren auf 14 Jahre und die Einschränkung des Anklageprivilegs des Staatsanwalts herausgreift. Man war sich darüber klar, daß der erstere Weg bei weitem vorzuziehen sei.

Bei unerbittlichen Vorbesprechungen unter den Parteien des Reichstages, die vor einigen Wochen stattgefunden haben, stellte sich allerdings heraus, daß gegen die Einschränkung der Anklagepflicht erhebliche Bedenken geäußert wurden, ebenso aber auch gegen die Wiedereinbringung der Kommissionsvorlage, letztere hauptsächlich wegen der damit verbundenen Durchführung des Legalitätsprinzips. Die unabhängigen Sozialdemokraten, die Polen und ein Teil des Zentrums vertraten besonders diese Bedenken. Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer Gesamtheit dazu noch nicht Stellung genommen, doch sind sich die Genossen, die sich als Juristen, Sozialpolitiker und Pädagogen mit den Fragen beschäftigt haben, einmütig darüber einig geworden, daß ihre Partei trotz aller Bedenken, die gegen die Beschränkung des Anklagezwanges sprechen, für den Gesetzesentwurf eintreten sollen. Der Anklagezwang darf nicht zu einem Prinzip gemacht werden, das fortgeritten wird, der juristischen Doktrin stehen die sozialen Erwägungen gleichberechtigt gegenüber. Diese aber verlangen, daß dem Staatsanwalt die Möglichkeit gegeben werden muß, eine Anklage gegen einen Jugendlichen nicht zu erheben, wenn erzieherische Mittel zur Verfügung stehen und als ausreichend angesehen werden können. Der Gefahr, daß diese Freiheit des Staatsanwalts zu Akten der Klassenjustiz führt, muß durch andere Mittel entgegenge wirkt werden.

Die Reichsregierung hat durch den Mund des Staatssekretärs des Reichsjustizamtes Dr. Krause ihre Bereitschaft erklärt, einem von den Parteien des Reichstages als Initiativantrag eingebrachten Gesetzesentwurf im Sinne der früheren Kommissionsbeschlüsse ihre Zustimmung zu geben. Es bietet sich dem Reichstage also die Möglichkeit, schnell ein wertvolles Stück gesetzgeberischer Arbeit zu leisten. Gewiß bedeutet die Einbringung eines solchen gemeinsamen Antrages für jede Partei einen gewissen Verzicht auf ihre besonderen Wünsche. Aber das sollte zu ertragen sein im Hinblick auf den großen Segen, den die damit erreichte Reform des Strafverfahrens gegen Jugendliche für das gesamte Volk bedeuten würde.

Eine gewaltige Leistung deutscher U-Boote.

Man mag zu dem U-Boot-Kriege stehen wie man will, das eine muß unumwunden zugegeben werden, daß von deutschen U-Booten Leistungen vollbracht worden sind, die als staunenswert bezeichnet werden müssen. Heute wird gemeldet, daß deutsche U-Boote die

Schiffahrt an der Ostküste der Vereinigten Staaten gefährden

und daß der

New Yorker Hafen wegen der Unterseebootsgefahr geschlossen

worden ist. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob es gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt zweckmäßig war, diesen „Raub“ zu unternehmen, man kann auch über die militärische Bedeutung sehr verschiedener Auffassung sein — das aber scheidet bei unseren heutigen und aus bekannten Gründen vorläufig auch noch bei späteren Betrachtungen

aus. Wir wollten mit diesen Zeilen nur auf die gewaltige Leistung aufmerksam machen, die hier vollbracht worden ist. Den Trägern dieser Leistung gebührt volle Anerkennung!

Ueber die Sache selbst liegen folgende Meldungen vor: Reuter meldet aus Washington: Das Flotten-Departement erhielt eine amtliche Nachricht, daß an der amerikanischen Küste ein Dampfer und drei amerikanische Schoner von Unterseebooten versenkt worden sind. Berichte aus New York besagen, daß bei den Versenkungen zwei Unterseeboote beteiligt gewesen sind. Die Schiffe sind wahrscheinlich an der Küste von New England und New Jersey versenkt worden. Eines der versenkten Schiffe war der ehemals holländische Dampfer „Terrel“.

Nach einer weiteren Reutermeldung aus New York wird angenommen, daß etwa 15 amerikanische Schiffe, darunter zwei Dampfer, von Unterseebooten an der nordatlantischen Küste seit dem 25. Mai versenkt wurden. Der größte Dampfer, das Passagierschiff „Carolina“, der Porto Rico-Linie wurde 125 Meilen südwestlich von Sandy Hook angegriffen. „Carolina“ meldet am Abend des 2. Juni durch einen Funkpruch, daß sie von einem Unterseeboot angegriffen wurde. Ein zweiter Funkpruch besagte, daß sie beschossen wurde und die Passagiere in die Boote gingen. Die „Carolina“ hatte 220 Fahrgäste und 120 Mann an Bord, von denen 58 Personen vermißt werden, einschließlich 16 Personen, die durch Kentern des Bootes ertranken. Die übrigen sind gelandet. Der Kapitän des Schoners „Edward C. Cole“ berichtet, daß sein Schiff Sonntagabend von einem etwa 200 Fuß langen Unterseeboot, welches zwei große und ein kleines Geschütz führte, angegriffen wurde. Er habe deutlich das Schraub eines zweiten Unterseebootes wahrgenommen, welches den heran kommenden amerikanischen Dampfer verfolgte. Der Dampfer machte sich mit Voll dampf davon. Die Besatzung des „Cole“ wurde von dem amerikanischen Hilfschiff aufgenommen, welches von dem Unterseeboot verfolgt wurde, dem es aber gelang, den Hafen zu erreichen. „Terrel“, mit Ladung von Porto Rico nach New York, wurde am Sonntag 60 Meilen von der Küste versenkt. Das Unterseeboot gab drei Schüsse ab. Der deutsche Kommandant kam an Bord und befahl der Besatzung, das Schiff zu verlassen. Dann legte er eine Bombe auf dem Schiffe nieder, wodurch es in die Luft gesprengt wurde. Die 36 Mann starke Besatzung wurde ihren eigenen Hilfsmitteln ohne Nahrung und Wasser überlassen. Sie wurde später von einem Küstenschiff aufgenommen und in Atlantic City gelandet.

Die Zeitungskorrespondenten in Washington berichten, daß nach allgemeiner Ansicht in den amtlichen Kreisen die U-Boot-Fahrten nach der amerikanischen Küste den Zweck haben, die Zurückberufung eines Teiles der amerikanischen Flotte von anderswo zu veranlassen. Wenn dem so sei, werde Deutschland sich irren. Wie verlautet, teilte Marine sekretär Daniels der Flottenkommission des Repräsentantenhauses mit, daß die Verteidigungsanlagen an der atlantischen Küste vollständig ausreichend seien und man keine Schiffe aus der Kriegszone zurückberufen brauche. Die Blätter sind sich darüber einig, daß ein Angriff die geregelte Truppenbeförderung und die Schiffsahrt über den Atlantischen Ozean nicht behindern werde. „New York Times“ schreibt: Die Deutschen hätten keinen sichereren Weg wählen können, die

Kriegsstimmung der Amerikaner

anzufachen. Aus den letzten Reuter-Nachrichten geht hervor, daß drei Schoner versenkt wurden. Ein Zerstörer berichtete, daß er den Angriff des Unterseebootes auf einen Dampfer am Dienstag morgen unterbrach, 15 Ueberlebende von Schiffen, die eine Zeitlang auf dem Unterseeboot gefangen gehalten wurden, kamen auf dem amerikanischen Dampfer, auf dem sie von dem Unterseeboot übergeführt worden waren, im Hafen an. Conoy Island und andere Küstenstationen innerhalb des Stadtbezirkes blieben infolge des Befehls, der nach der Beratung mit den Militärbehörden erlassen wurde, ihr Feuer.

Die Londoner Blätter melden aus New York, daß der New Yorker Hafen wegen Unterseebootsgefahr geschlossen wurde.

Marine sekretär Daniels gab zu, daß der Segler „Edna“, der in der Gegend des Cap Delaware treibend angetroffen und am 27. Mai nach Lewis geschleppt wurde, einem U-Boote zum Opfer fiel. Es sei merkwürdig, daß das U-Boot die Torpedosparte und die verbleibenden Schiffe durch Bomben zu versenken suchte, nachdem die Besatzung in die Boote gegangen war. Die Ueberlebenden, die die Küste an verschiedenen Stellen erreichten, glauben fast alle, daß die Segler von demselben U-Boote vernichtet sind, das seit dem letzten Monat bei New Jersey Cap Delaware auf der Lauer lag. Aus den Berichten geht hervor, daß die Besatzung Gelegenheit hatte, zu entkommen oder an Bord des U-Bootes genommen wurde und dort in einigen Fällen acht Tage gefangen blieb, bis sie von einem vorbeifahrenden Schiffe aufgenommen werden konnten. Wegen maßgebender Seite verlautet, sind alle Angriffe nicht in der Nähe der Küste unternommen worden. Man ist besorgt um das Los der 350 Personen an Bord der „Carolina“. Es wird zwar behauptet, daß ein Segler 300 Mitfahrende

von der „Carolina“ aufnahm, sowie daß zwei Boote mit Überlebenden in einem atlantischen Hafen ankamen. Es besteht jedoch in Newyork über diese Dinge keine volle Sicherheit.

Nach einer späteren Neutermeldung sind 58 Personen ungeschont und vermisst. Aus Lewis wird berichtet, daß 18 von den 35 Personen, die die „Carolina“ in einem Motorboot verließen, dadurch ertranken, daß das Boot umschlug.

In Neutermeldungen aus Newyork werden die vier amerikanischen Segelschiffe „Sattje Dun“, „Suppage“, „Solo“ und „Edna“ als vermisst genannt.

Die Londoner Blätter melden aus Washington, daß ein deutsches Unterseeboot den norwegischen Dampfer „Gibbs“ beschossen und versenkt hat.

Infolge der Versenkungen sind die privaten Versicherungsprämien von 1 auf 2 Prozent erhöht worden. Der Staat macht hier aus Versicherungsgründen nicht mit.

Es ist Anordnung getroffen worden, daß die Küste verdunkelt bleiben muß. Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme sind auch die Lichtreflexen auf dem Broadway verboten. Die Gebäude, in denen Licht gebrannt wird, müssen nach außen abgedunkelt werden. Gründe für diese Maßnahmen sind nicht angegeben, aber wahrscheinlich haben sie den Zweck, mögliche Luftangriffe der Deutschen zu verhindern.

„Central News“ meldet aus Washington: Der Marinesekretär ordnete nach die

Schließung Bostons, Philadelphia und der andern an der atlantischen Küste gelegenen Häfen an.

Die Unterseebootsangriffe in den amerikanischen Gewässern standen in der gestrigen Sitzung des Wilsonschen Kriegskabinetts zur Besprechung. Hoover teilte später mit, daß die Lebensmittelversorgung des Heeres über See durch die feindlichen Angriffe nicht gefährdet werde.

„Central News“ meldet aus Newyork: Am Dienstag erschienen Geheimpolizisten in verschiedenen Newyorker Klubs, die fast ausschließlich von Deutschen besucht werden, und die dort zusammengekommen waren, um die Erfolge der deutschen U-Boote in den amerikanischen Gewässern zu feiern. Es kam zu erregten Szenen. Ungefähr 150 Untertanen feindlicher Länder wurden verhaftet.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 6. Juni. (Amtlich.)

An der Schlachtfeld östliche Rarvise nordwestlich von Chateau-Bierch und an der Adro.

Die gegnerischen Berichte.

Französischer Bericht vom 3. Juni, abends. Während des Tages verlor die Front an verschiedenen Frontpunkten seine Anhebungen, um Fortschritte zu erzielen. Er wurde überall zurückgeschoben, wobei er erhebliche Verluste erlitt. Ein von ihm gemachter Versuch, die Linie am Mont Lapache zu überschreiten, scheiterte vollständig. Während der Nacht legten wir unsere Gegenangriffe wieder in den West- des gesamten Geländes, das er einnahm besonders bei Bourne bereit hatte. Wir machten mehr als 150 Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. In der Gegend von Verdun wurden die Deutschen, denen es anfangs gelang, einige Fortschritte zu machen, wieder zurückgeworfen. Sie haben mehr als 20 Gefangene in unserer Hände. Somit wurden unsere Stellungen überall behauptet.

Englischer Bericht vom 5. Juni morgens. Unsere Truppen machten in der vorgeschrittenen Nacht bei erfolgreichem Streifen in der Umgegend von Vaux und Wadon bei La Wasser-Ronals einige Gefangene. Eine vom Feinde am frühen Morgen unterkommene Gruppe von 200 Mann von Bourmont unter dem Schutz schwerer Bewehrung wurde zurückgeworfen, wobei Gefangene in unserer Hand blieben. Die feindliche Artillerie war während der Nacht nördlich des Rarvise (?) und der Adro, sowie in den Höhen von Vaux und Vaux-Cominés-Ronals tätig.

Menüschliches aus dem Krieg.

Die „Köln. Zig.“ schreibt: Wir trennen uns, aber einem uns zur Verfügung gestellten Briefe eines Batterieführers aus dem Felde von Ende Mai folgende Stelle mitteilen zu können:

Heute morgen habe ich einen sehr netten Ritz gemacht durch eine Gegend, in der seit 1914 viel und schwer gekämpft worden ist. Die Dörfer, durch die ich kam, werden wohl nie wieder so aufgebaut werden, daß die Spuren der Beschädigung gänzlich verschwinden; aber draußen auf den Feldern und Wiesen sind die Gräber zum großen Teil zusammengehört, und die Natur hat über sie ihr grünes Frühlingskleid gebreitet, als wolle sie sagen: es wird alles wieder gut werden. Diese Jahreszeit und der Krieg passen auch ganz besonders schön zusammen. Sehr freute ich mich, einige deutsche Kriegsgräber zu sehen, die die Franzosen hergerichtet hatten. Da fanden auf den Hügeln hübsche Holzkreuze, die die Inschriften trugen: „Un Allemand mort pour la patrie.“ In den Zeitungen liest man immer nur von Gräberhändlungen, aber ich nie etwas Gutes vom Feinde.

Eine Aussprache zwischen allen Kriegführenden.

„Daily News“ schreibt: Wir halten die militärische Lage nach wie vor zeit zu einer Aussprache zwischen allen Kriegführenden. Es mehren sich auch in den englischen Gewässern die Anzeichen dafür, daß nach Ende des Sommers die englische Arbeiterunion ihre Stellungnahme für die Fragen eines Friedens einer Kommission unterbreiten wird.

Wir können dem Blatt nur zustimmen, wenn es entgegen allem Gerücht, daß ein das Ringen im Westen ausgeklüßelt werden müsse, eine an Friedensunterhandlungen gedacht werden könnte, heute schon einer Zusammenkunft der Kriegführenden das Wort erteilt. Wer wirklich menschlich fühlt und denkt, der kann gar keinen anderen Standpunkt einnehmen. Es ist doch wahrhaftig schon viel genau gefaßt, daß nur Berlin in Deutschland eine haltbare Stellung nehmen kann. Der Weltfrieden ist nur, daß der angelegte der früheren Haltung sehr beachtenswerte Standpunkt des erwähnten Blattes nicht nur in Deutschland immer neue Anhänger findet. Dann wird auch der Friedensgedanke marschieren.

Die Lebensmittelfrage in Rußland.

Die aus Brüssel Dekret des Rates der Volkskommissare über die vorübergehende Lage der Lebensmittelversorgung Rußlands ist sehr bemerkenswert. Das kommunistische Regime hat

dahin arbeiten, durch Desorganisierung der Belieferung des Landes und Zurückhaltung der Vorräte die Macht der Sowjets zu untergraben. Die besitzenden Schichten der ländlichen Bevölkerung scheuen nicht davor zurück, durch Anwendung der in ihrer Macht befindlichen Mittel eine gewaltsame Katastrophe herbeizuführen. Auf die Gewalt der Bourgeoisie muß die Gewaltpolitik der Sowjets die Antwort sein — ruft das Dekret aus und verfügt folgende Maßnahmen:

Wer Getreide zurückhält oder es zum Brennen von Trinkspiritus verwendet, wird zum Feinde des Volkes proklamiert. Uebertreter sind Durchsuchungen vorzunehmen. Das nicht an festgesetzte Abnahmestellen abgelieferte Getreide wird konfisziert. Die Besitzer sind zu Gefängnisstrafen von mindestens 10 Jahren zu verurteilen. Wer versteckte Vorräte den örtlichen Behörden anzeigt, erhält die Hälfte des Preises der gesamten beschlagnahmten Getreidemenge, während die andere Hälfte der Gemeinde zufällt.

Eine Reihe weiterer Bestimmungen ordnet weitere organisatorische Maßnahmen, deren Gesamtheit durchaus den Eindruck erweckt, daß die Situation aufs äußerste zugespitzt ist. Bezeichnend ist, daß in Moskau ein Befehl veröffentlicht ist, der den zuständigen Bezirkskommissaren zur Pflicht macht, die vor Hunger gekorbenen Kinder sofort anzumelden. Noch verzweifelter ist die Lage in Petersburg. Auch aus der Provinz treffen drahlische Nachrichten ein, die schauerhafte Einzelheiten melden. Während in Städten und Strömweie auf dem Lande der Hunger erbarmungslos wütet, ist in verschiedenen anderen Landesteilen zweifellos die Lage nicht so bedrückend.

Die „sibirische Republik“ eine amerikanische Gründung.

Moskauer Zeitungen melden, daß die neue Regierung der autonomen sibirischen Republik in Chabrin ihre Tätigkeit begonnen hat. In der ersten Kabinettsitzung wurde über Maßnahmen zur Liquidation der Sowjet-Regierung im fernem Osten beraten. Admiral Koltischak wies darauf hin, daß die neue Regierung Sibiriens auf die volle Unterstützung Amerikas rechnen dürfe, da die neue Regierung auf Anregung Amerikas gebildet wurde. Wragom als Innenminister erklärte, daß auch Japan die neue Regierung unterstützen wolle. Die neue sibirische Regierung hat beschlossen, Nordamerika um Unterstützung zu bitten.



Die bulgarischen „Aldutschen“

gegen in der ihnen ergebenden Presse gegen Griechenland und verlangen, daß Bulgarien diesem Lande den Krieg erklären soll. Natürlich möchten sie nun auch von Griechenland noch etwas reißen und deshalb sollen weitere bulgarische Söhne ihr Blut veriprigen.

Ein Hospitalschiff auf eine Mine geraten.

Das Hospitalschiff „Königin Regentes“ ist auf eine Mine gelaufen. In Nord befanden sich die englischen Delegierten. Soweit bekannt, waren keine Verwundeten und Kriegsgefangenen an Bord. Das Hospitalschiff „Sindoro“ ist mit der Rettung der Überlebenden beschäftigt. Nach späteren Berichten sind bei dem Unglück mehrere Personen der Besatzung umgekommen. Der Unfall fand nach in Sicht der englischen Küste, ungefähr 20 Meilen von der Lemanbank, statt.

Wie einem Amsterdamer Blatt aus Rotterdam später gemeldet wird, hat die Direktion des Rotterdammer Pfand von dem Kapitän des „Sindoro“ die drahlische Nachricht erhalten, daß sich auf dem Hospitalschiff „Königin Regentes“ wieder Verwundete und Kriegsgefangene befinden. Man hat es für sehr wahrscheinlich, daß englische Delegierte nicht an Bord der „Königin Regentes“ waren, da bei der Abreise des Hospitalschiffes gemeldet wurde, daß die Kommission sich auf der „Sindoro“ eingeschifft hatte. Sämtliche des Unfalls hat der ganze Konvoi sich veripiriert. Bei den Delegierten handelt es sich um die Vertreter Englands bei den deutsch-englischen Austauschverhandlungen, die demnächst in Holland beginnen sollen.

Der Krieg auf den Werzen.

Berlin, 6. Juni. (Amtlich.) Im Mittelmeer verließen deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote fünf Dampfer und 6 Segler von zusammen über 20 000 Brutto-Register-Tonnen. Die Dampfer wurden aus stark gefährdeten Geleitzügen herausgeschossen. Einer von ihnen war ein Kriegsmaterial-Transporter.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau. Deutschland.

Karjanty gewählt.

Bei der Reichstags-Ersthauptwahl im Wahlkreis Opperl 4 (Düblich-Loh und Gleiwitz) für den verstorbenen Zentrumsgewählten Oberlandmesser Stadtrat Warlo wurden bisher gewählt: Für den Abgeordneten Karjanty (Zentr.) 8347 Stimmen; für den Rechtsanwalt Kehlert (Zentr.) 8347 Stimmen. Einige Wahlkreise stehen noch aus, die aber an der Wahl des Abg. Karjanty nichts ändern.

Die innere Koalition im Zentrum

spielten in einer Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei in Köln-Wülheim eine große Rolle. Der Reichstagsabgeordnete Marx wandte sich sehr entschieden gegen die Erzbergerhege, die sich zu einer Koalition mit der Partei ausgeworfen habe. Die Presse habe die Sache aufgebaut und übertrieben, und wenn auch Erzberger nicht

taktvoll genug und zu temperamentvoll gewesen sei, so ist jetzt die Folge dieser Angriffe, daß heute Fraktionsmitglieder die sonst entgegengesetzter Auffassung als Erzberger seien fest hinter ihm ständen. Die ganze Erzbergerhege habe in den sozialdemokratischen Organen ihren Anfang genommen. Das müsse jeden Zentrumsmann zu denken geben. — Beidem müsse sich auch die westdeutsche Zentrumspresse — das ging gegen die „Kölnische Volkszeitung“ — mehr Zügel anlegen. Nach dem Bericht der „Mülheimer Volkszeitung“ erntete Marx für diese Ausführungen stürmische Zustimmung: der Vorstehende stellte fest, daß die ganze Versammlung in der Beurteilung der Erzbergerhege mit Herr Marx vollständig einig gehe.

In weiteren Ausführungen bekannte sich Marx auch heute noch entschieden zu der Freieinzelaktion des Reichstages. Wenn man der Reichstagsfraktion des Zentrum wegen ihres Zusammengehens mit der Sozialdemokratie Vorwürfe mache, so müsse er sagen, das liege im Interesse des Volksganzen, das jetzt oder später auf die politische Arbeit einer so großen Partei nicht verzichten könne. In der Erörterung der Wahlrechtsfrage erklärte er, er werde auch ohne Sicherungen für das gleiche Wahlrecht eintreten. Wenn man es ablehne, entliehe erst recht eine Gefährdung der kulturellen Güter, weil damit die ganze Aktion noch nicht abgeklungen sei. Eine Zurückweisung des Zentrum und damit seine Beurteilung zur politischen Einflusslosigkeit sei dann die sichere Folge. Man solle sich auch über die Sicherungen seiner Täuschung hingeben. Diese bedeutete nur dann etwas, wenn eine Mehrheit hinter ihnen stehen würde. Diese könnte sich aber jederzeit ändern und Verfassungsänderungen bewirken.

Die Ausführungen des Abgeordneten Marx zeigten, in welchem Maße sich auch bereits im Gebiet der politischen Betätigung der „Kölnischen Volkszeitung“ die Gegenjahre innerhalb des Zentrums verschärft haben. Das Wesentliche, was Marx sagte, richtete sich gegen die Haltung der offiziellen Parteiführer, und Herr Marx wünscht offensichtlich, allgemein richtig verstanden zu werden und wurde auch verstanden.

Ludendorff-Spende.

Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben sich der Ludendorff-Spende trotz aller Vorbehalte nicht ablehnend gegenübergestellt, weil sie selbst ein wenig glückliches Arrangement nicht die armen Kriegsbeschädigten wollten entgelten lassen. Was für Unfug die vaterlandsparteilichen Kreise aber damit verbinden, zeigt folgendes Beispiel.

Die amtliche Berlin-Wilmersdorfer Zeitung berichtete über Festzug und Festpredigt vom 2. Juni zur Ludendorff-Spende. Festzeitpräsident, Oberkommando und alle sonstigen Behörden nahmen daran teil. Die Festrede des Reichspräsidenten Lang erwähnt mit keiner Silbe die Kriegsbeschädigten, sondern huldigt nur Hindenburg und Ludendorff. Sie gipfelt in folgendem Satz:

„Die besten Reden und jämmerlichsten Worte in unseren Parlamenten werden immer wieder ungeschädlich gemacht vom Bliz und Donner der Laten draußen in der Schlacht.“

Die Festpredigt schließt mit den Worten, die an Ludendorff gerichtet sind: „Gelobt sei Gott der Höchste, der Deine Feinde in Deine Hand gegeben hat.“

Ist es bei solcher Taktlosigkeit vaterlandsparteilichen Rangschreibens wunderbar, wenn auch vereinzelte Stimmen aus Arbeiterkreisen sich auf den Troststandpunkt stellen und erklären, daß sie mit der ganzen Ludendorff-Spende nichts mehr zu tun haben wollen?!

Das Wahlrecht in Koburg-Gotha.

Wir berichteten vor einigen Tagen, daß infolge des unklaren taktischen Vorgehens der Unabhängigen in Koburg-Gotha das direkte Wahlrecht zu Fall gebracht worden sei. Ueber diese allgemein interessierende Angelegenheit erfahren wir noch folgendes:

Die Abgeordneten für die Landtage der Herzogtümer Koburg und Gotha, die zusammen bei Beratung allgemeiner Angelegenheiten den sogenannten Koburg-Gothaischen Gesamtländtag bilden, wurden bisher nach dem Wahlmännersystem gewählt. Da das Wahlrecht im übrigen aber geheim und gleich ist, gelang es in Koburg zeitweilig von den 11 vorhabenen Sitzen einen und in Gotha von den 19 Sitzen einmal sogar neun, seither aber immer acht Sitze für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Der Antrag, das Wahlrecht in ein direktes umzugestalten, war seit Jahren nicht nur von sozialdemokratischer, sondern selbst von liberaler Seite erhoben worden. Im Vorjahr nun hatte die Regierung einen Wahlgesetzentwurf vorgelegt, der nicht nur das allgemeine, gleiche Wahlrecht, sondern auch für neu zu schaffende 5 gothaische und 2 Koburger Wahlkreise das Verhältniswahlrecht bringen sollte. Eine Wahlrechtskommission bebrütete das Ei mehr als ein halbes Jahr und nach ihrer ganzen Zusammenkunft war es ganz selbstverständlich, daß sie mit reaktionären Verböserungsanträgen auf den Plan erscheinen würde. Dahin gehörte in erster Linie bei Erneuerung des Wahlrechts das Verlangen einer dreijährigen Selbsttätigkeit im Herzogtum. Da jedoch die gesamten Koburger Abgeordneten (11) gegen diese Forderung waren, hätte sich das Verhältnis bei der Abstimmung so gestaltet, daß der reaktionäre Antrag mindestens mit den 11 Koburger und den 8 sozialdemokratischen gothaischen Stimmen, also mit 19 gegen 11 Stimmen, abgelehnt worden wäre. Aber wieder einmal in völliger Verkennung der Sachlage forderte ein Antrag der Unabhängigen in denkbar ungeschicktester Weise garniert in eine Einzelberatung der Vorlage und der dazu gestellten Anträge einzutreten, sondern die Regierungsvorlage ohne Debatte en bloc anzunehmen. Hier verhielten sich diese Unabhängigen nun einmal als wirkliche „Regierungsspezialisten“ zu betätigen, aber sie hatten nicht daran gedacht, welche gefundenes Fressen ihre Ungeschicktheit für alle Reaktionen im Landtage war. Man brauchte ja seitens dieser nur den gewiß recht sonderbaren unabhängigen Antrag abzuweisen und die ganze unbehagliche Vorlage war damit gefallen. So geschah es. Die Sache war zwar zuerst selbst Wilhelm Bod zu dumm und er stimmte als einziger gegen den Antrag seiner eigenen Fraktion, aber er spielte hier lediglich die Rolle des Zauberkühnling: Die Geister, die er gerufen, er ward sie nun nicht los! So hat denn radikal kein vollende unabhängige Tapferkeit einen neuen „Triumph“ zu verzeichnen! Zum Schaden aber kam dann noch der Spott! Als die Unabhängigen sahen, was sie angerichtet, verlangten sie andern Tags eine erneute Abstimmung über den gleichen Antrag. Das ist allerdings nach § 70 der Geschäftsordnung möglich, wenn zwei Drittel der Abgeordneten sich dafür erklären. Aber das Gros der Bürgerlichen war ja heilfroh, daß die ganze Thesen

Wider den Art nicht einzufließen zu lassen, vielmehr mit einer... und rechtskräftigen Stelle vorher Rücksprache zu nehmen. Besteht der Verdacht, daß ein Schwindler seine Hand im Spiele hat, so wolle man sich sofort an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindlerfirmen in Lübeck wenden, die jedem mit Rat und Tat beistehen wird.

Öfen in vergüteten Eisenblechen einfügen! Es ist vielfach beobachtet worden, daß beim Einfügen von Öfen in vergüteten Eisenblechen, vornehmlich in schadhafte, durch die Oxidation des Zinküberzuges die Bildung von Oxidhäuten und Rissen hervorgerufen wird. Durch diese Einflüsse wird das Eisenblech unbrauchbar und für die mechanische Einwirkung (Drücken) auch für die tierische unbrauchbar. Da in vielen Gegenden Deutschlands die Bevölkerung nach der Beschlagnahme der Kupfer- und Messingsteine zu der Verwendung vergüteter Eisenbleche beim Einlöten des Öfen übergegangen ist, sei hiermit erneut auf die großen Gefahren hingewiesen und dringend davor gewarnt, vergütete Eisenbleche zu benutzen. Es haben sich leider vielfach Beschädigungen durch die hier geschilderte Ursache angebahnt.

Ludendorff-Spende. Die Zahl der größeren Spenden hat wieder eine erfreuliche Steigerung erfahren. Es sind: Die Sommerbank in Lübeck 5000 Mk., die Lübecker Transportversicherungs A.G. 5000 Mk., Herr Rud. Wöhl 1000 Mk., Herr Dr. med. Th. Schenck 1000 Mk., die Firma Ludwig Wöhl 1000 Mk., die Firma May Junge 1000 Mk., die Firma M. S. Siffert & Co. 1000 Mk., die Firma Fr. Gwert & Sohn 1000 Mk., Firma W. Lorkuhl 1000 Mk. — Die Sammlung wird am 30. Juni geschlossen, bis dahin nehmen alle Banken und Sparkassen Spenden entgegen.

Hamburg. Die Bürgererschaft genehmigte in ihrer Sitzung am Mittwoch die Erhöhung des Wassergeldes und der Wasserpreise mit der von den Sozialdemokraten beantragten Einschränkung, daß die Erhöhung nur drei Jahre gelten solle. Dann kam der vereinigter Antrag Dr. Blundt zur Erörterung, der verlangt, daß nach Friedensschluß der freie

Handel als das erprobte und allein wirksame Mittel für die Wiederherstellung der deutschen Auslands- und Inlandswirtschaft wieder in seine Rechte eingesetzt wird. Carl Cohn, der bekannte Großkaufmann, begründete den Antrag. Er tat es mehr mit Herzenswärme, als mit durchschlagenden Gründen. Vor allem vermehrte man gerade bei ihm, dem erfahrenen Ueberseer, den tatsächlichen Nachweis, daß der freie Handel, das heißt der durch keinerlei Zwangsorganisation gebundene freie Kaufmann, besser auf den verarmten Märkten der Welt die rar gewordenen Bedürfnisse wieder auffinden und erfüllen können, als eben eine gemeinnützige Organisation. Solchen Nachweis hätte er unter allen Umständen zu führen versuchen müssen, um das Unzulängliche der Handelswirtschaftsorganisation gegenüber dem freien Handel darzutun. Daß er diesen Versuch nicht machte, kam August Winzig sehr zugute, der seinerseits aus dem üppigen Kommer gegenwärtigen Erlebens nachweisen konnte, wohin wir in diesem Kriege wohl gekommen wären, wenn der freie Handel hätte halten und walten können und wenn nicht gemeinnützige Organisation an seine Stelle getreten wäre. Und da die Verhältnisse nach dem Kriege nicht viel besser liegen würden, als gegenwärtig, würde der Außen- und Innenhandel ohne Regelung, ohne Organisation die Aufgabe, die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu versorgen, einfach nicht erfüllen können. Der freie Handel kämpfe um seinen Profit, nicht um die Verhinderung der Verbraucher. Solche Anschauungen stoßen in der Großhandelsstadt Hamburg natürlich nicht auf viel Sympathie. Das taten die Reden der nachfolgenden Redner, Bunzel, Dr. Stubmann, Edmund J. A. Siemers, deutlich dar. Und das werden auch andere Reden in der ja in nächster Sitzung weitergehenden Debatte zeigen.

Hamburg. Schulkente als Einbrecher. Der 36-jährige Schulkente Sadow, der seit 28 Jahren in Polizeidienst stehende 55-jährige Schulkente Metken und der wiederholt wegen Diebstahls bestrafte Möbeltransportarbeiter Lindigkeit sind wegen gemeinschaftlichen schweren und einfachen Diebstahls angeklagt.

Gegen Sadow und Metken richtet sich die Anklage, in der Zeit vom Januar 1917 bis März 1918 gemeinschaftlich 12 Diebstahle begangen zu haben. Ferner soll Sadow allein sieben Diebstahle und in der Nacht zum 30. März dieses Jahres gemeinschaftlich mit Lindigkeit einen Kaninchen- und Hühnerdiebstahl vollführt haben. Unter dem Schutze ihrer Uniform haben die beiden Schulkente zur Nachtzeit wie die gefährlichen Einbrecher Hofenfelde und Umgegend unsicher gemacht. Die Diebstahle betrafen sie entweder mit Nachschlüssel, die Metken angefertigt haben, oder durch Einsteigen oder Uebersteigen von Einfriedigungen in Villen, Läden und Lagerräumen ausgeführt. Die Beute bestand außer in vielen anderen Sachen, in Kleidungsstücken, Wäsche, Pelztragen, Stiefeln, Tabak, Hülfenwaren, Teppichen, Gardinen, Lampen, Gummischläuchen, Akkumulatoren, Glaswaren, einem Pferdegeschirr, Schuhen usw., teils von erheblichem, teils von geringem Werte. Der Wert der Beute in einem Falle wird auf 2500 Mk., in einem Falle sogar auf 4500 Mk. geschätzt. Die beiden Schulkente sind bis auf zwei oder drei Diebstahle gefählig. Sie wollen lediglich aus Not gehandelt haben. Metken erklärt, er habe zwei seiner Söhne im Felde verloren und sei dadurch im hohen Grade nervös geworden. In diesem Zustande habe er sich von Sadow zu den Diebstählen verleiten lassen. Lindigkeit bestreitet die Teilnahme an dem einen ihm zur Last gelegten Diebstahl, wird aber von Sadow belastet. Das Urteil lautet gegen Sadow auf 5 Jahre, gegen Metken auf 4 Jahre Zuchthaus, gegen Lindigkeit auf 15 Monate Gefängnis, sowie gegen alle drei auf 5 Jahre Ehrverlust.

Lübeck. Von der Straßenbahn getötet wurde in der Kirchhofskalle die dreijährige Hertha Günther vom Stadtfeldbamb.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Vom 1.—7. Juni Opferwoche für die Ludendorff-Spende für die Kriegesbeschädigte.

Bekanntmachung
der Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau.
Saatbohnen
und noch in genügenden Mengen vorhanden. Preis 3.30 bis 4.50 Mk. das Pfund.
Die Abgabe erfolgt in der Stadtgärtnerei, Mühlendamm 7, in der Zeit von 8—12 Uhr und 2—6 Uhr. (2673)

In den Regierungs-, Amts- und Kreisblättern wird eine neue, ergänzende Fassung der Verordnung, betreffend
Anzeigen in öffentlichen Druckchriften
veröffentlicht, auf die hiermit hingewiesen wird. (2662)
Stellb. Generalkommando IX. A. A.

Gustav Schöning
Inhaber des III. Kreuzes 2. Klasse, des Lübecker Danneberg-Kreuzes u. d. Post-Ordens, im 23. Lebensjahre im Januar seinen Tod in den Wellen gefunden hat. Auf's tiefste betrauert und schmerzlich vermisst von seinen Eltern
Julius Schöning u. Frau.
Seinen Geschwistern
Heinrich Schöning, zurzeit im Felde.
Julius Schöning, Seejohat in Brügge.
Hans, Beria und Fritz.
Sein Braut Alwine Sommer.

Sozialdemokrat. Verein
Lübeck.
Als weitere Opfer dieses furchtbaren Krieges fielen unsere Genossen
Ewald Benecke
Ernst Johannesson
August Rathsack.
Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren. (2695)
Der Vorstand.

Für die aus England zurückkehrenden Gefangenen sind beim Vaterländischen Frauen-Verein
Mk. 2355.75
eingegangen, wofür hiermit den gütigen Gebern herzlich gedankt wird. (2678)
Der Vorstand.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.
Als weiteres Opfer des grauamen Krieges fiel unser wertester Mitarbeiter
Ewald Benecke.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren. (2686)
Der Vorstand.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der Buchdruckerei „Esb. Holtzbofe“
Johannisstraße 46.
Für unser Werk Würgendorf (Bahnstrecke Köln-Gießen) werden zum sofortigen Eintritt
200 Mädchen
über 18 Jahre und
100 träftige Arbeiter
gesucht.
Sprengstofffabriken Hoppecke Akt.-Gesellschaft
Würgendorf (Kreis Siegen). (2671)

Du
sollst nur Geld opfern — sie haben für Dich Leben und Gesundheit aufs Spiel gesetzt!
Scheue nicht den Weg
zur Bank für sie, die täglich den Weg durch Eisenhagel, Feuer und Schlamm nicht gehen haben! —
Tat um Tat!
Darum gib zur Ludendorff-Spende! Auch auf die kleinste Gabe kommt es an!
Spenden nehmen alle Banken und Sparkassen entgegen.

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Taschenuhren Schmucksachen Verlobungsringe
Willi Westfahl
32 Holstenstrasse 32

J. H. Pein
Am Markt 12. LANGE
Breite Straße 64.
Beste Bezugsquelle für erstklassige
Manufakturwaren
Spezialhaus für Betten Bettfedern u. Daunendunen Herren- und Knabengarderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Gesucht zum 1. Oktober aufwärts für die El.-Gertrud-Wäckerhelle ein
Zimmerer
mit Aufwartung und Gehilfen. Verdienst bevorzugt. Schreiben erbeten.
Hörstedecker Allee 12, I.
Schneiderin
Hörstedecker Allee 21, I.
Alter Räderweg zum Waschen gesucht. Angeb. unter A K 22 an die Exped. (2684)

200 Mädchen
über 18 Jahre und
100 träftige Arbeiter
gesucht.
Sprengstofffabriken Hoppecke Akt.-Gesellschaft
Würgendorf (Kreis Siegen). (2671)

Konsumverein für Lübeck und Umgeg.
e. G. m. b. H.
Jetzt ist die beste Zeit
für den Einkauf von
Einfachgläsern und Einfachapparaten
Wir konnten einen großen Vorrat hiervon einkaufen und hatten sowohl Gläser wie Apparate in allen unseren Abgabestellen vorrätig.
Auch Erfahrung und -Bügel sind vorhanden.
Der Vorstand. (2674)

Aus Leder
hergestellte Sohlen, 4 Jahre bewährt.
Verkaufsstellen:
Schlumacherstraße 6,
Reiferstraße 3,
Fackenburg Allee 48,
Weierstraße 29.
(2672)

Kaninchenzucht-Verein
für Lübeck u. Umgegend von 1895.
Monatsversammlung
am Sonnabend, dem 8. Juni 1918
abends 8 Uhr pünktl.
im Vereinslokal, Restaurant Martinsen, Lindenstr. 13.
Wichtige Tagesordnung!
Gäste willkommen!
(2680) **Der Vorstand.**

Haltbare Hosenträger
mit Leder und gutem Gummi
Aug. Janensch,
Sandstraße 6. (2668)

Stadthallen-Theater.
Direktion: Stanislaus Fuchs. (2679)
Freitag, den 7. Juni 1918:
Die Ehre.
Schauspiel von H. Sudermann.
Sonnabend, den 8. Juni 1918:
Bachstelzchen.
Volksstück mit Musik von Max Bertuch.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.
Sonntag, den 9. Juni 1918:
Anfang 7 1/2 Uhr:
Gastspiel von Max Reichel vom Carl-Schulze-Theater in Hamburg:
Wiener Blut.
Operette von Johann Strauß. Graf Zedlau. Max Reichel a. G.

Blotwagen, Wirtschaftswagen in allen Größen, bis 8 Zentner Tragkraft.
C. Bliesath Ww.,
Inhaber Carl Landwehr,
Sandstraße 9. (2677)

Visitenkarten
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

HANSA-THEATER.
Freitag, den 7. Juni, abends 8 Uhr:
Warum geht's denn jetzt?
Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr:
Warum geht's denn jetzt?
Sonntag, den 9. Juni, abends 8 Uhr:
Zum letzten Male: **Liebe im Schnee.**
Operette in 3 Akten von Ralph Benatzky. (2675)
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Fremden-Vorstellung:
Warum geht's denn jetzt?
Montag, 10. Juni: **Warum geht's denn jetzt?**

Revolution.

„Das ist kein Krieg mehr, das ist eine Revolution.“
Von wem stammt wohl diese Kennzeichnung des jetzt tobenden Weltkrieges? Von Paul Lafar oder Karl Renner oder irgend einem anderen Sozialisten dieser Richtung, wird man vielleicht raten. In Wahrheit rührt das Wort, wie „Echo de Paris“ mitteilt, von niemandem anderem her als dem Direktor eines der größten amerikanischen Trusts, Charles Schwab, dem Präsidenten der Bethlehem Steel Compagnie.

Und in der Tat bedeutet der Krieg, der doch Amerika unmittelbar noch garnicht berührt hat, auch für die Vereinigten Staaten eine Art politischer und sozialer Revolution. Restlos vollständig ist die gesamte Exekutive, eine unumkehrbare Verwaltungsbefugnis unter Ausschaltung des Parlaments, in die Hand des Präsidenten gelegt worden, der eine demokratische Diktaturgewalt ausübt. Aber noch größer ist die Umwälzung der Wirtschaft. Die Vereinigten Staaten haben ein „Bureau der Kriegsindustrie“ eingerichtet und seinem Leiter, Bernhard Baruch, einem bedeutenden Vertreter von Wallstreet, der New Yorker Börse, ungefähr dieselben Befugnisse übertragen, die durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 im Deutschen Reich der Bundesrat ausübt. Die gesamte Fabrikation von Flugzeugen, Munition, Handelschiffen, Kohle und Eisenbahnmateriale sowie das gesamte Verkehrswesen sind seiner Herrschaft unterworfen. Er kann Beschlagnahmen, Betriebe unter Staatsaufsicht stellen, Höchstpreise festsetzen, Anordnungen für die gesamte Erzeugung treffen. Und der amerikanische Gewährungsmann des „Echo de Paris“ fügt hinzu, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie wollten, in kurzer Zeit das gesamte Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten ebensogut staatlich organisieren können, wie sie jetzt die Kriegsindustrie regimentieren haben.

Da, was man Kriegsozialismus oder Kriegskapitalismus nennt, eine neue Wirtschaftsform, die dem Staate große Gewalt über alle Erzeugung und Verteilung überträgt, ohne in dessen den kapitalistischen Profit an sich anzutasten, hat sich auch in den Vereinigten Staaten durchgesetzt. Und dabei ist Amerika nicht vom Handelsverkehr abgeschnitten, hat keinen Lebensmittelmangel und keine Rohstoffknappheit zu überwinden. Gleichwohl konnte man die kapitalistische Privatindustrie nicht nach eigenem Belieben weiter wirtschaften lassen. Die Vereinigten Staaten sind jetzt 14 Monate im Krieg. Das erste Halbjahr ist nach übereinstimmendem Zeugnis aller Sachkundigen für die amerikanische Kriegsrüstung nahezu nutzlos vergangen, weil jeder daraufproduzierte, was ihm in den Sinn kam und den höchsten Gewinn zu verzeichnen schien. Erst danach griff der Staat ein. Er ermittelte, was und welche Mengen gebraucht würden, und schrieb den einzelnen Unternehmungen vor, wie und in welcher Zeit sie zu liefern hätten. Nur auf diese Weise konnte er hoffen, seiner dreifachen Rüstungsaufgabe zu genügen: ein großes Heer aufzustellen, zugleich die Kriegsindustrie zu verstärken und die landwirtschaftliche Erzeugung im Gange zu halten, damit nicht inzwischen England und Frankreich verhungern. Wie groß die amerikanische Kriegserleistung sein wird, tut hier nichts zur Sache; schon die bloße Absicht, den gestellten Aufgaben einigermaßen zu genügen, machte den Staatssozialismus unvermeidlich.

Wie verschwindet vor einer solch überwältigenden Tatsache die kleinliche Kritik, die an den Klubessen und anderen Neugierlichkeiten der Kriegsgesellschaften und der staatlichen Kriegswirtschaft bei uns geübt wird! All die geringsten Schäden sind nicht notwendige Fehler einer einheitlichen Leistung des Wirtschaftslebens, sondern die zufälligen Unvollkommenheiten der Notbehelfe, zu denen man improvisierend mangels jeder Vorbereitung gegriffen hat. Ern-

stes wissenschaftliches Studium der tatsächlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten ihrer Befriedigung kann und wird diese Unvollkommenheiten beseitigen.

Da ist z. B. das vielbesagte unnütze Spazierenfahren der Lebensmittel, Rohstoffe und Produkte, das nicht unwesentlich zur herrschenden Verkehrsnot beigetragen hat. Aber Not lehrt denken, und so hat das Kriegsgesamt denn einer Umstellung den Auftrag gegeben, den Verkehr zu organisieren und dafür zu sorgen, daß alle Waren dem ihnen nächstliegenden Verbrauchsort auf kürzestem Wege zugeführt werden. Diese Arbeit ist mit umfangreichem Tabellenwerk begonnen worden, und in einiger Zeit wird man so weit sein, daß man den Verkehr geistig beherrscht und den Transport planmäßig nach dem Gesetz der höchsten Wirtschaftlichkeit leitet. Professor Töpfer hat diese Arbeiten und Pläne im Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes ausführlich dargelegt.

Zu gleicher Zeit hat der Leiter der Reichsstelle für Fische, Professor von Flügge, die Frage der Fischereijagd nach dem Kriege untersucht und mit zwingendem Beweismaterial dargetan, daß sorgfältigste staatliche Regelung der gesamten Fischerei nach dem Kriege noch auf unabsehbare Zeit ebenso notwendig sein wird wie heute. Nur dadurch wird sich dann, wenn wieder Material und Menschen zur Verfügung stehen, der Fischfang so fördern lassen, daß eine wirklich bedeutende Vermehrung der Nahrungsmittel durch den Seefisch eintritt.

Die Beweiskräfte liegen sich ins Unendliche vermehren. Die Welt ist über die Periode der unregelmäßigen kapitalistischen Wirtschaft endgültig hinausgewachsen und wird nie wieder in sie zurückfallen. Der Staat wird sich am raschesten erholen, das hat Scheidemann in seiner großen Würzburger Rede glänzend dargetan, der nach dem Kriege seine Wirtschaft am besten organisiert. Und erst damit, noch ist in den Schützengräben, für die endgültige Entscheidung über Sieg oder Niederlage in dieser großen Weltkriege. Der Aufbau, das bloße Aufgeben der Kriegswirtschaft ist unmöglich, ist gegenwärtig. Was uns nützt, ist ein Ausbau der Kriegswirtschaft in wahrhaft wissenschaftlichem und sozialem Geiste. Die Revolution des Weltkrieges muß bewußt zu ihren Zielen fortgeführt werden.

Deutscher Reichstag.

Aus dem Reichstage.

Die Präsidentenwahl, die gestern an erster Stelle auf der Tagesordnung stand, ist noch nicht vollzogen worden. Es war klar, daß unsere Partei, nach der Absplitterung der Unabhängigen, die zweitstärkste Fraktion des Hauses, auf ihren Anspruch im Präsidium verzichten zu sein, nicht länger verzichten würde. Die Neubesezung des Präsidiums gab Anlaß, die Vertretungsfrage der Mehrheitsparteien in der Leitung des Hauses von Grund auf zu regeln. Mit dieser Arbeit wurde die Geschäftsordnungs-Kommission betraut, die im Laufe der Sitzung zu einer Einigung auf folgender Grundlage gelangte. Die beiden antretenden Vizepräsidenten Paasche und Doretz treten zurück. Die Geschäftsordnung wird nach österreichischem Muster dahin geändert, daß das Amt eines ersten und zweiten Vizepräsidenten besetzt wird und daß statt dessen drei Vertreter des Präsidenten mit gleichen Rechten gewählt werden, mit denen der Präsident sich über seine Vertretung verständigt. Gedacht wird an eine monatliche Ablösung. Das neue Präsidium wird sich also zusammensetzen aus dem Zentrumsabg. Rehrenbach als Präsidenten und den Abgg. Scheidemann (Soz.), Dove (Sp.) und Paasche (nl.) als stellvertretende Präsidenten. Diese sehr verständige Lösung des Problems, die jede Empfindlichkeit ausschaltet, wird sich glatt verwirklichen lassen. Zwar wollen

die Konservativen nicht mitwirken, aber es schadet durchaus nichts, wenn sie durch ihre Rein-Zettel die Tatsache unterstreichen, daß nunmehr ein reines Mehrheitspräsidium hauptsächlich zum Vorteil für das Ansehen und die Arbeiten des Reichstages die Geschäfte des Hauses leitet.

Die Zensurdebatte fand gestern in einer sehr ausgedehnten Sitzung ihren Abschluß. Mitzu umfangreich ist das unerkennliche Thema. Für die Unabhängigen sprachen die Abgeordneten Herzfeld und Haase. Herzfeld hatte ein reichhaltiges Material über die Verationen der Presse der Unabhängigen durch die Zensur. Aber seine Rede erlitt in dieser Sache und die Versuche, durch häßliche Angriffe auf seine früheren Parteigewissen das Gerücht schmählicher zu machen, scheiterten an seinem Ungeschick. Er hatte sich eine gründliche Abzehr durch den Gemossen Meersfeld, der gleichfalls ein reichhaltiges Material in wirksamer Form zum Vortrag brachte. Staatssekretär Dr. Walsraff rechtfertigte in der schon öfters von Malen gehörten Weise die „Kriegsnotwendigkeit“ der Zensur. Den Antrag, die Zensurberaufsicht vom Militärüberwachungsamt an den Reichskanzler zu übertragen, lehnte er namens der Reichsleitung nochmals als unannehmbar ab. Haase protestierte in schärfster Form gegen das schwarze Kabinett, dem das Postgeheimnis selbst der Reichstagsabgeordneten nicht heilig sei und verlas einen geheimen Erlaß, der die politische Unzulässigkeit aus Rußland zurückkehrenden Kriegsgefangenen unter Postzensur stellt. General von Wriesberg stellte diesen Erlaß als wesentlich harmlos dar.

In persönlichen Bemerkungen kreuzten die Abgeordneten Genosse Spiegel und der Unabhängige Herzfeld noch einmal die Waffen wegen der Ministerer Broschüre. Dann wurden die Anträge der Kommission zu den Fragen der Zensur und des Besagungsstandes angenommen. Am Freitag steht die Schlußsitzung zur Besprechung.

Donnerstag, 6. Juni 1918.

168. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bayer, Walsraff.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten.

Der Beginn der Sitzung verzögert sich bis gegen 2 Uhr infolge einer Sitzung des Seniorsenators.

Erster Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung mit folgender Mitteilung: Ich habe Ihnen im Auftrage des Ausschusses den Vorschlag zu machen, heute die Wahl des Präsidenten auszuweichen mit Rücksicht auf eine Neuregelung, auch der Frage der Wahl der Vizepräsidenten. Es handelt sich um einen einstimmigen Beschluß des Ausschusses. Es wird noch heute von der Mehrheit des Reichstages ein Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht werden. Ich würde vorschlagen, diesen Antrag der verstärkten Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen, sobald dann die Wahl erst stattfinden würde, nachdem diese Geschäftsordnungs-Kommission ihren Bericht erstattet haben wird.

Das Haus stimmt diesem Vorschlage zu.

Hierauf wird die Debatte über Zensur und Besagungsstand fortgesetzt.

Kapitän zur See von Ed wendet sich gegen einige Behauptungen Gotheims in seiner geistigen Rede.

Hg. Herzfeld (U. S.): Der Besagungsstand besteht zu Unrecht, er stellt einen Bruch der Verfassung dar. Aber der Reichstag denkt nicht daran, dagegen aufzutreten, weil er den Besagungsstand für notwendig zur Bedrohung der Arbeiterklasse hält. Liebtrecht, der die bürgerlichen Rechte des Reichstages maßgeblich vertreten wollte, wurde der Militärdiktatur ausgeliefert. Der Druck der militärischen Gewalt ist mit der Zeit nur noch stärker geworden. Dem schlagloshingeworfenen Landtage ist es verboten worden, über die entscheidenden Lebensfragen des Landes zu verhandeln. Fast alle Mitglieder meiner Fraktion stehen unter Redensbot. Mir selbst ist es unmöglich gemacht worden, mit dem Wählern meines Wahlkreises in Führung zu treten. Auf eine Beschwerde an das zuständige Generalkommando ist mir gar keine Antwort zuteil geworden; das ist die Leistung vor den Volksoberrettern! In Treptow an der Tollense wurde einer meiner Parteigenossen durch einen Polizeiarbeiter mit Gewalt aus der Stadtverordnetenversammlung entfernt. Auf einen Strafantrag unseres Ge-

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Kuerbach.
42. Fortsetzung.

Mit besonderem Behagen und listigem Augenzwinkern spielte der Steinbauer wiederholt darauf an, daß sie morgen einen Schwarzwälder (so nannte er stets spöttisch die Brandstifter) einzunehmen wollten, damit die Brandstifter nicht immer wachse. Anfangs hörte Diethelm ruhig zu, bis er glaubte, daß Stillschwimmen ihm mißdeutet würde, und bald war er mit dem Steinbauer im heftigsten Streit. Der Steinbauer, der stets so kaltblütig und wortkarg war, zeigte sich unerbittlich wild, wenn er in Zorn gebracht wurde. Er ließ es angedenken und doch bitter häßlichen Reden gegen Diethelm nicht fehlen, und nur dem Schultze von Rottenghausen gelang es, Tätlichkeiten zu vermeiden.

Als trüge er noch all das Lärmen und Schreien im Kopf, so witzte er endlich Diethelm in seinem Quartier an und sagte den festen Voratz, noch das letzte zu tun, und ohne ein Zeichen der Betroffenheit den morgigen Verhandlungen beizuwohnen.

Mitten in der Nacht erwachte er, er war an einem Schrei aufgeschreckt, den er noch wachend zu vernehmen glaubte. Er hatte im Traume seine Frau krank gesehen, und sie rief ihm mit so jammervoller Stimme, daß sein Herz noch laut pochte. Er machte sich rasch auf, verließ das Haus und die Stadt und eilte heimwärts. Immer fester glaubte er daran, daß seine Frau mit dem Tode ringe und nicht sterben könne, bis er bei ihr sei, und daß sie noch im Tode ihn so sehr liebe, daß sie ihn wegrief von all den Schrecken, die seiner harren und denen er vielleicht doch nicht Trost bieten könne. Die nie ganz erloschene Zuneigung zu seiner Frau flammte in ihm auf, und weinend wie ein Kind rannte er dahin. Am Herbsthimmel schossen Sternschnuppen in weitem Bogen hin und her, mit vertrauender Innigkeit sprach Diethelm beim Aufblitz der Augen aus, daß seine Frau leben bleiben und alles mit ihnen gut sein möge.

Raum eine Stunde war Diethelm gegangen, als er vor einem Berge wie festgewurzelt stand! Wehe! Von der Bergespitze herunter kam wie aus dem Himmel heraus eine Herde Schafe, die hätten so jämmerlich, wie damals in den Flammen. Diethelm legte sich nieder und wusch sich die Augen mit dem Tau, der auf dem Graje lag, er wollte gewiß sein, daß er nicht träume. Er schlug die Augen auf, aber immer näher, immer näher kam es wie ein Hirn und eine Herde, und aus der Brust Diethelms rang sich der Schrei los: „Was willst du?“

Keine Antwort. Im Laub auf dem Wege raschelten Schritte. „Was der Gang des Geistes? Es nahte sich, und jetzt stand es vor ihm.“

„Sied' Ihr's, Diethelm?“ sprach eine Stimme.

„Bist du's, Munde?“ rang Diethelm heraus.

„Ja. Wie kommt Ihr daher? Was habt Ihr? Aber das geht mich nichts an. Eure Frau sieht mich zu Euch, Ihr sollt

gleich heimkommen, sie liegt schwer krank. Jetzt hab' ich's ausgerichtet, und nun red' ich kein Wort mehr mit dem Diethelm, solange er lebt.“

„O Himmel! O Himmel! Ich hab's geahnt, daß meine Frau todkrank ist,“ jarrte Diethelm. „Siß mir auf, Munde, ich kann ja nicht aufstehen.“

„Reinetwegen. So,“ sagte Munde, ihn aufrichtend. „Ihr seid mein Feind, aber ich will's doch tun.“

„Ich bin nicht dein Feind, gewiß nicht, gewiß nicht, Munde, glaub' mir. Meine Frau weiß das auch. Warum hat sie just dich gehaßt?“

„Sie hat mich grad in der Stunde, wo ich zum Manöver fortgewandt hab', rufen lassen und hat mich noch gebeten, Euch gut Freund zu sein, ich hab's ihr aber nicht versprechen können. Nie, nie werd' ich Euch gut Freund, so gern ich auch Eurer Frau noch was Gutes getan hab'. Ich muß meinem Vater vor allem Wort halten, und lügen kann ich nicht, auch nicht zu einem, das lügt. Ich hab' Eurer Frau versprochen, Euch gleich zu melden, daß Ihr heimkommen sollt. Ich hab' mein Versprechen gehalten und will nicht danach forschen, warum Ihr in einkamer Nacht da umherlaufft. Daneben leg' ich Euch nichts in den Weg, vor mir kann der Diethelm ganz ruhig sein, wenn er's vor sich auch sein kann.“

Schnell eilte Munde davon und hörte nicht darauf, daß ihm Diethelm noch nachrief, er möge ihn begleiten.

Wie traumwandelnd ging Diethelm in die Stadt zurück. Im Umfassen gewahrte er wieder die zerstreuten weißen Punkte auf dem Berge, und jetzt erinnerte er sich, daß das ja nur Kreidestellen waren, die hierzulande auf den Bergen liegen gelassen werden, um die Dammende vor Abhimmungen zu wahren. Im Wirtschaftshaus schrieb er einen Brief an den Vorstehenden und schickte ihn doch nicht ab; er wartete mit Ungeduld auf den Morgen und eilte in aller Frühe zu dem Vorstehenden, ihm ankündigend, welche Vorkäufte ihm ein Soldat gebracht, den er genau bezeichnen. Der Vorstehende entließ ihn, und Diethelm hörte kaum, daß heute ohnedies keine Sitzung sei. Noch einen Augenblick sah er seinen Schwiegervater und hat ihn, Franz von dem Geschwehen zu benachrichtigen, dann fuhr er mit Extrapost heimwärts, er fand aber seine Frau nicht mehr am Leben und hörte nur von der Frau Kübler, wie innig sie seiner gedacht und immer gerufen habe: „Du bist unschuldig. Du bist mein braver Diethelm.“

In seinem aufrichtigen Schmerze tröstete ihn der Gedanke, daß sie in diesem Glauben gestorben war. Er machte eine namhafte Stiftung zu ihrem Andenken und war überaus mild und freigebig.

Neunundzwanzigtes Kapitel.

Von Franz war ein Brief aus der Kreisstadt gekommen. Sie hielt sich dort bei den Eltern ihres Bräutigams auf, hatte die Todesnachricht erfahren und fragte, ob sie nun dennoch heimkommen solle, und wenn dies der Vater wünsche, möge er ihr jemand zum Geleite schicken, da es nicht mehr für sie passe, allein zu reisen. Dieser Brief war für Diethelm voll Betrübnis, er

jah darin aufs neue die Herzlosigkeit seines Kindes, das nicht über alles hinweg zu ihm eilte, um ihn nicht allein seinem Schmerze zu überlassen und am Grabe der Mutter mit ihm zu weinen. Ja, Diethelm fühlte, daß er in seiner Frau nicht nur eine treue Ehegenossin, sondern auch eine mütterliche Sorgfalt verloren, die allezeit fest und unbeirrt ihm sich zuwendete. Er ging in Dorfe mitten unter den Menschen umher wie ein im Waldesdunkel verirrtes Kind, so verlassen, so hilflos erschien er sich. Was hätte ihm all die Ehrerbietung und zünftliche Teilnahme der Menschen? Das waren doch nur Bekleppennige, die man dem Hilfslosen an Wege wies, und ein jedes ging lächelnd doch seiner eigenen Lebensweise und seiner Unparteilichkeit nach und ließ ihn mit sich allein. Mit der jungen Frau Kübler sankte Diethelm stets, sie machte ihm nichts recht, das war alles anders gewesen zu Lebzeiten der Mutter.

Der Better Waldhornwirt hatte ihn gar noch getränkt, denn als ihm Diethelm über das herzlose Wesen der Franz Klage führte, hatte er gesagt: „Jah müßt, was ich tät: das hoffärtige Mädchen bekäme mit eine junge Mutter. Ihr seid ein Mann in den besten Jahren, und ich will für Euch freierwerden, ich weiß, wo ich anklopfe, wird mir aufgemacht, ein neues Haus und eine neue Frau.“

Diethelm schrieb der Franz, sie solle an einem bestimmten Tag in der Kreisstadt seiner warten, und er bereitete nun alles vor, um Buchenberg auf ewig zu verlassen; einweilen, bis er einen schließlichen Körper gefunden, übergab er dem Better Waldhornwirt alles zur Ueberwachung. Es gingen aber doch noch Tage darauf, bevor er fortkam, da waren noch hundertertei Sachen abzuwickeln, und diese Tage wurden ihm zur Höllen Fein. Der Welt, der aller gewohnten Umgebung bereits Abschied gesagt und doch noch mitten in ihr steht, erschien wie ein ruheloses Gespenst, das nach umwandeln muß. Endlich am zehnten Tage nach seiner Rückkehr fuhr Diethelm allein mit seinen Kappen davon. Er drückte den Hut tief in die Stirn und schaute nicht rechts und nicht links, und erst als er die letzte Herberge hinter sich hatte, atmete er frei auf.

Das Reisen im frischen Herbsttage, das Fahren im eigenen Gefährte belebte ihn wieder neu, und am zweiten Mittage fand er wohl geköstet in der Kreisstadt an. Franz, die er bei dem Schwiegervater traf, fragte und meinte viel, und doch schien es Diethelm, als ob sie mannes nur erkümmte, um vor den Schwiegervater als gute Tochter zu erscheinen. Sie ging so fraß und aufrecht umher, ihre Trauerkleidung war so wohlgeordnet, sie erschien daher schöner als je und trug gekräuselte Scheidhaare. Diethelm betrachtete sie oft still forschend, als wäre sie gar nicht seine Tochter, und in der Tat war Franz eine ziemlich hübsche Dame geworden; nur die breiten Hände, die sich noch durch Flormanigketten besonders hervorhoben, zeigten die ehemalige Bäuerin. Als sie einen Augenblick mit dem Vater allein war, sagte sie schnell: „Der Munde ist auch in der Stadt, er ist beim Manöver, ich hab' ihn gesehen.“

Der Aufruf der deutsch-sozialdemokratischen Reichskonferenz Österreichs. Während die österreichisch-ungarische Regierung das Aufflammen der nationalen Leidenschaft im Norden und Süden...

„Die Reichskonferenz“, heißt es in diesem Aufruf, „steht fest, daß sich die Arbeiterchaft in einem Zustande größter Erregung befindet. Die Konferenz wagt die Regierung vor den Wirkungen, die die erregte Massenstimmung unweigerlich hervorruft...“

Aus Nah und Fern.

Ein Fehlschuß. Im Jagdrevier des Königs von Bayern in Galtburg bei Berchtesgaden stieß der jagdberechtigte Bezirks- oberlehrer Ortner aus Galtburg auf zwei einem Reh auslaufende Wilderer...

Brottartenfälschungen. Im Landkreise Bochum sind große Brottartenfälschungen vorgekommen, wodurch der Kreis um 31 Zentner Mehl geschädigt worden ist.

Der Kenner. Herr W. L. Rittergutsbesitzer auf Nieder Götzigsdorf bei Görlitz, Mitglied der Gemeindevertretung und des Schulrates, wurde bei den bisher mehrfach vorgenommenen behördlichen Revisionen nach zurückgehaltene Lebensmitteln mit Erfolg um seine hochgeschätzte Mithilfe und Mitwirkung angegangen.

Tolle wucherisches Treiben. Aus Heilbronn wird berichtet: Wegen Kriegswunders und gelegentlich Warenzurrückhaltung jähzäh gegen die Firma G. F. Stache, Tuch- und Bekleidungsgehilfe in der Lohortstraße, eine gründliche Untersuchung. Der Firma, deren Leitung während des Krieges in den Händen der verwitweten Frau Stache liegt, wird zur Last gelegt, Stoffe und Kleidungsstücke in großen Mengen unbefugterweise aus den Friedensbeständen zurückgehalten und mit wucherlich hohen Preisen abgesetzt bzw. ausgegeben zu haben.

Schweres Explosionskatastrophen eines Schiffbauers. Aus Rastatt wird berichtet: Der hiesige Schiffbauereibesitzer Genilmoritz G. S. auf der Heimbühler Mühle über 200 Jahre alt, erkrankte im hochgradigsten Zustande an Lungen. Er war infolge seiner Erkrankung bedürftig worden, die nach einem 30-tägigen Krankenlager nach Rastatt erfolgte. Eine Anzahl der Rastatter und der Rastatter wird berichtet, um das Verbleiben der Leiche zu ermitteln, wurde die Leiche in der Rastatter Mühle aufgefunden. Die Leiche wurde in der Rastatter Mühle aufgefunden. Die Leiche wurde in der Rastatter Mühle aufgefunden.

Explosion auf einem englischen Dampfer. Heute berichtet aus London: Der hiesige Dampfer „Sawley Castle“ (19000 Tonnen), der mit mehr als 200 Passagieren auf der Heimreise war, hatte in der Nacht einen Zusammenstoß, dem zwei Explosionen folgten, und ist nun in beschädigtem Zustande in den Hafen eingelaufen. Von den Passagieren und der Besatzung wird eine gewisse Anzahl vermißt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: F. H. Schwarz. Rud. Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

„wollen hin wurde der Beamte freigesprochen, weil er nicht das Bewußtsein einer strafbaren Handlung gehabt habe.“ Es liegt ein Antrag vor, den Reichsanwalt als Zivilbehörde über die Militärbehörden zu stellen. Herr Waltraff bezeugte das als unannehmbar. Auch wir finden diese Idee unpraktisch. Der einzige Weg nach aufwärts ist die Aufhebung des Belagerungszustandes.

„Der Aufruf der deutsch-sozialdemokratischen Reichskonferenz Österreichs. Während die österreichisch-ungarische Regierung das Aufflammen der nationalen Leidenschaft im Norden und Süden...“

„Die Reichskonferenz“, heißt es in diesem Aufruf, „steht fest, daß sich die Arbeiterchaft in einem Zustande größter Erregung befindet. Die Konferenz wagt die Regierung vor den Wirkungen, die die erregte Massenstimmung unweigerlich hervorruft...“

Aus der Partei. Ein Fehlschuß. Im Jagdrevier des Königs von Bayern in Galtburg bei Berchtesgaden stieß der jagdberechtigte Bezirks- oberlehrer Ortner aus Galtburg auf zwei einem Reh auslaufende Wilderer...

Aus Nah und Fern. Ein Fehlschuß. Im Jagdrevier des Königs von Bayern in Galtburg bei Berchtesgaden stieß der jagdberechtigte Bezirks- oberlehrer Ortner aus Galtburg auf zwei einem Reh auslaufende Wilderer...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: F. H. Schwarz. Rud. Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.